

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Inland. Ausland 3,50 RM. Inland. Ausland 4 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Zeile 20 Rpf., die 3-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 2-spaltige Reklamezeile im täglichen Teil 1 RM. Nachverrechnungsgeld 20 Rpf. pro Woche. Sonntags- und Feiertagsanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen aber, wir keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die eingetragenen Anzeigen abgemittelt ist. Anzeigen werden nur in der Redaktion angenommen. Anzeigen werden nur in der Redaktion angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 274 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 25. November 1930

Polnischer Despotismus.

„Polen greift an; die Bedrohung ist viel härter, als es die Öffentlichkeit ahnt.“ Ein Mann hat dies ausgesprochen, dem auch der politische Gegner ein stets vorzügliches Wagnis des Wortes nicht bestreiten wird. Generaloberst von Seedt, jetzt auch Mitglied des Reichstages, ist es, der diese Warnung zum Ausdruck brachte in einem Vortrag über „Preußens Aufgabe“; denn diese Aufgabe besteht neben der Abwehr des Bolschewismus vor allem darin, seine Ostgrenze „kulturell, völkisch, militärisch zu halten“. Wie gefährdet Ostpreußen ist, weiß ja jeder Deutsche, und es ist geradezu untragbar, daß es z. B. die Gattin des polnischen Staatspräsidenten Mosich fertigbelohnt, in einem Aufruf zur Spendung von Weihnachtsgaben, die an die Polen im Ausland gehen sollen, von dem „noch immer runderlösten Ermordung und Masuren“ zu sprechen. Obwohl man dort bei der Abstimmung vor zehn Jahren von den Polen so gar nichts wissen wollte! Aber noch viel untragbarer ist es, wie man schon vor der Wahl zum Sejm, jetzt wieder speziell in Ostoberschlesien mit den dortigen polnischen Staatsbürgern deutschen Blutes umspringt. Die Meldungen von Bestialitäten schlimmster Art häufen sich zu Bergen und die Polen haben es so toll getrieben, daß endlich auch Herr Calonder, der Präsident der Gemischten deutsch-polnischen Kommission für Ostoberschlesien, eingreifen mußte. Das war der Auftakt zu den Wahlen für den ober-schlesischen Sejm und den Warschauer Senat. Drohungen und fürchterliche Mißhandlungen von Deutschen durch Mitglieder des Verbandes der Aufständischen, Überfall und Einbruch in die Wohnungen von Deutschen, allgemeiner Wahlterror, der die „geheimen“ Abstimmung einfach beseitigte, machten Ostoberschlesien zu einem Gebiet, wo nur noch der Knüttel und der Revolver regierten. Alles mit offener Unterstützung der polnischen Behörden oder zum mindesten unter ihrer wohlwollenden Duldung, während man den Deutschen jeden Schutz verweigerte. Halbstarke hob sein Haupt.

Aktiv, sogar sehr aktiv aber wurde die Polizei gegen alle ober-schlesischen Organisationen des Deutschtums. Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, unaufrichtige Zeitungsverbote sollten verhindern, daß allzuviel von diesen Verbrechen im Ausland bekannt würde; als „deutsche Überreizungen“ hoffte man wohl die Geschehnisse zu „bernebeln“. Ober Ostoberschlesien ist nicht Ostgalizien, wo man in bestialischer Weise gegen die Ruthenen vorgeht, ganze Kavallerieregimenter auf die Bauern hechte und die Gefängnisse vollstopfte. Dort aber gibt es keine internationale Kommission, die wenigstens eine Untersuchung veranlassen könnte. In Warschau, wohin der Präsident Calonder die lange Beschwerdeschrift des Deutschen Volksbundes geschickt hat, wird man natürlich alles bestreiten; aber wenn das angeblich auch zur Grundlage des Versailler Vertrages und des Völkerbundes gemachte Recht der nationalen Minderheiten überhaupt noch Geltung haben soll, dann muß der Schrei des deutschen Oberschlesiens nach Genf nicht bloß dringen, sondern dort auch wirklich gehört werden. Es fiel etwas auf, daß der deutsche Außenminister Dr. Curtius in seiner Rede vor dem Reichsrat nichts über das deutsch-polnische Verhältnis gesagt hat, aber jetzt, nachdem die Gemischte Kommission in Bewegung gesetzt wurde, hat man auch im Reichskabinett sich — zum wievielten Male? — mit dem Schicksal der Deutschen in Polen beschäftigt. Dr. Curtius hat ja das bekannte deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das uns schwere finanzielle Verpflichtungen auferlegte, dadurch empfohlen, daß durch diesen Vertrag das Deutschtum in Polen erhalten, daß aber auch die deutsch-polnischen Beziehungen gebessert werden sollten. Ähnliche Gründe führten auch zum deutsch-polnischen Handelsvertrag, — aber es ist charakteristisch, daß Polen das Liquidationsabkommen noch nicht ratifiziert hat, der neue Sejm es auch kaum billigen wird. Ebensovienig ist es zu der erhofften Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen gekommen. Ganz im Gegenteil, es ist seit den Märztagen, als der Reichstag das Abkommen genehmigte, nur schlimmer, viel schlimmer geworden. Und zwar sind es die polnischen Behörden, die dabei ganz offiziell führen und schüren. Man will die Minderheiten mit allen Mitteln der Gewalt ihrer Kultur und ihres Volkstums berauben, — sollte es denn im und durch den Völkerbund keine Änderung herbeizuführen möglich, diesem halbasiatischen Despotismus keine Schranken zu setzen sein?

Schleifung der Festung Theresienstadt.

In den nächsten Tagen wird mit der Niederreißung der Festungswerke von Theresienstadt begonnen werden. Die Anlage stammt aus dem Jahre 1780 und war von Joseph II. gegen Preußen gebaut worden. Theresienstadt wurde bekanntlich dadurch berühmt, daß die Preußen 1866 bei ihrem Vormarsch in Böhmen die Festung einfach nicht beachteten und an ihr vorübermarschierten. Seit 1882 beherbergte sie berühmte Gefangene, so den Chef des feinerzeitigen böhmischen Aufstands Had'chiljo und den Bronsolgermörder Wawriol Princi, der in Sarajewo Schüsse bekanntlich den Anstoß zum Ausbruch des Weltkrieges gaben.

Deutschland will den Völkerbund anrufen

Die Schreckensherrschaft in Polen.

Deutscher Generalkonsul nach Berlin berufen.
Die Wahlen zum Polnischen Senat haben den deutschen Parteien eine Niederlage gebracht. Aber nicht der Wahlausgang ist das Überaschende angeht, sondern die zynische in Polen, dann aber in besonderer Weise in den früher deutschen Gebieten wochenlang vorher entfesselte brutale Unterdrückungs- und Schreckensherrschaft, mit der man das Resultat herbeigeführt hat. Jede freie und unbeschränkte Regierung in politischer Beziehung wurde mit Totschlag, grausamer Mißhandlung, Verletzung von Eigentum und anderen Schandtatzen zum Verschwinden gebracht. Ein Hohn, daß sich solche Vorgänge, über die im einzelnen allzuviel Widerwärtiges berichtet werden mußte, Wahl nennen dürfen. In keinem europäischen Kulturstaate hat man bisher etwas Ähnliches für möglich gehalten, dem Diktator Pilsudski blieb es überlassen, diese Grauel zu entfesseln.

Die deutschen Vereinigungen Ostoberschlesiens haben sich schon an den schweizerischen Schiedsrichter Calonder gewandt, da alle früheren Dürerufe an die polnischen Behörden schände überhört wurden. Calonder untersuchte augenblicklich die Taten einer polnischen Sendlingsbande in Hohenbirken, die dort wie feige Räuber und Mörder hausten. Aber auch das Reichskabinett konnte nicht länger stillschweigend zu dem Geschrei der Verurteilung, das trotz der angewandten polnischen Verwicklungsmanöver über die Grenze drang.

Das Kabinett wurde zu einer Sitzung einberufen, in welcher der Ernst der durch diese Vorgänge geschaffenen Lage offen zum Ausdruck gebracht wurde. Über die zu ergreifenden Schritte wurde noch kein Beschluß gefaßt, da erst der Eingang des Materials erwartet wird, um eine objektive Beurteilung zu ermöglichen. Der deutsche Generalkonsul in Kattowitz, Freiherr von Grünau, ist nach Berlin berufen, um Bericht zu erstatten.

Wie man vernimmt, will die Reichsregierung unter Umständen alsbald den Völkerbund in Genf anrufen, um sein Eingreifen gegenüber dem polnischen Terror nachzurufen und dafür zu sorgen, daß menschenwürdige Verhältnisse endlich in den abgetretenen Gebieten geschaffen werden.

Das Wüten der polnischen Regierungsanhänger.

Das Wüten der entfesselten polnischen Kanakker gegen die Deutschen überstieg am Wahltage selbst alle Möglichkeiten der Beschreibung. Sie drangen u. a. in die Wohnung eines

früheren deutschen Abgeordneten ein und mißhandelten ihn und seine Tochter schwer. In den Wohnungen zahlreicher Deutscher wurden die Fenstersteine eingeschlagen und die deutschen Schilderausschriften mit Tint beschriftet. Überall wurden Plakate angeklebt, auf denen den Deutschen gedroht wurde, daß sie es auf schwere zu büßen haben würden, falls sie die deutsche Liste wählen würden. Rotgedruckten Suchten sich die geübten Deutschen zur Wehr zu setzen. Im Kreise Pleß, wo eine deutsche Schule stundenlang belagert und deutsche Kinder mißhandelt wurden, wurde der Polizeibeamte Schnapke am Sonntag auf der Straße tot aufgefunden. Unbekannte Täter hatten ihm ein Messer ins Herz gestochen. Am Sonntag erschien am Tatort eine Gerichtskommission, die die Mordtat den Deutschen anhängen wollte. Von polnischer Seite wurde das Gerücht verbreitet, daß die Ermordung des Polizisten auf Geheiß des deutschen Postors Hartinger geschehen sei. In Kattowitz kam es gleichfalls zu blutigen Zusammenstößen, und zwar zwischen Plakatantklebern der Kommunisten und der Regierungspartei. Dabei wurde der sogenannte polnische „Ausländische“ Thomas Zielmach erschossen. Der Untersuchungsrichter ließ hier zehn Personen verhaften. In Hohenbirken bei Kattowitz kam es zu Ausschreitungen gegen Deutsche. In zwei deutschen Wohnungen wurden Fenstersteine eingeschlagen und Einrichtungen demoliert. Zwei Deutsche wurden mißhandelt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind in der Nacht zum Sonntag und am Wahltage selbst sechs Tote als Opfer des Wahlterrors zu verzeichnen.

Der Reichsparteivorstand des Deutschen Zentrums erhebt feierlichen Protest vor der ganzen Welt über die Behandlung der deutschen Minderheit, verlangt Schutz für die Zukunft und Wiedergutmachung.

Die Deutschenhebe in Kattowitz.

Der Stellvertreter des Wojwoden entschuldigt sich.
Amülich wird mitgeteilt: Durch die Straßen von Kattowitz hat sich ein Demonstrationzug polnischer staatlicher Eisenbahn- und Postbeamter bewegt, in dem auf einem der polnischen Eisenbahnverwaltungen gehörigen Kraftfahrzeug eine an einem Galgen hängende lebensgroße Puppe mitgeführt wurde, die einen deutschen Offizier in voller Uniform mit Originalorden darstellte.

Das deutsche Generalkonsulat hat noch am selben Nachmittag bei dem Wojwoden schriftlich nachdrückliche Vorstellungen erhoben. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das öffentliche Zur-Schau-Stellen einer solchen Puppe eine grobe Verunglimpfung des deutschen Volkes bedeute und die deutschen Empfindungen aufs schwerste verletze.

Daraufhin hat sich der Stellvertreter des Wojwoden beim Leiter des deutschen Generalkonsulats persönlich entschuldigt.

Bahntarife sollen gesenkt werden.

Preisfestsetzung ohne Tarifänderung unmöglich.

Das Reichskabinett ist in Fortsetzung seiner Preisfestsetzungsaktion zu einer Sitzung zusammengetreten, in der es sich vor allem mit der Frage einer allgemeinen Tarifsenkung der Reichsbahnfrachten beschäftigt. Der bisherigen Preisfestsetzungsaktion, darüber ist man sich im Reichskabinett einig, droht ein vorzeitiger Stillstand, wenn es nicht gelingen sollte, ihr durch eine Senkung der Frachttarife der Reichsbahn einen neuen Stoß nach vorwärts zu geben. Dabei ist man sich im Reichskabinett darüber im klaren, daß hier weniger eine Tarifsenkung der Lebensmittelfrachten in Betracht käme als vielmehr eine Tarifsenkung der Warenladungen überhaupt.

Dementsprechend beschäftigt sich das Reichskabinett auch vor allen Dingen mit der Frage einer Tarifherabsetzung bei der Reichsbahn für Kohle, Erze, Baumaterialien und Holz. Vielfach ist auch davon die Rede gewesen, gleichzeitig mit einer Ermäßigung der Frachttarife auch die Tarife im Personenerverkehr herabzudrücken.

Aufwertungshypotheken-Zinsfuß 7% Prozent ab 1. Januar 1932.

Das Reichskabinett hat am Montag beschlossen, dem Reichsrat einen Verordnungsentwurf vorzulegen, wonach der Zinsfuß für Aufwertungshypotheken ab 1. Januar 1932 auf 7% festgesetzt wird. Der Satz entspricht unter Berücksichtigung der Verwaltungsspanne dem Pfandbriefzins von 7%.

Das Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vom 18. Juli 1930, das am 1. Oktober in Kraft gesetzt wurde, sah bekanntlich in § 1 die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, zum 1. Oktober mit Zustimmung des Reichsrates ab 1. Januar 1932 den Zinsfuß für die geltende 7prozentige Verzinsung festzusetzen. Mit Rücksicht auf die unsichere Entwicklung am Kapitalmarkt hatte die Reichsregierung kurz vor dem 1. Oktober einen Gesetzesentwurf über die Festsetzung des Zinsfußes für Aufwertungshypotheken vorgelegt, wodurch die Vollmacht der Regierung in der Weise erweitert werden sollte, daß die Zinsfestsetzung noch bis 15. Dezember 1930 wirksam erfolgen kann. Am übrigen greift der noch unerledigt gebliebene Entwurf in das Gesetz vom 18. Juli 1930 nicht ein. Die neue Verordnung

soll gleichzeitig mit dem zurzeit dem Reichstag vorliegenden Gesetz über die Festsetzung des Zinsfußes für Aufwertungshypotheken mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 in Kraft treten.

Der 7prozentige Pfandbrief konnte verschiedentlich den Paritätstand nicht halten, der 7prozentige Pfandbrief, der seinerzeit bei der Erledigung des neuen Aufwertungshypothekengesetzes dem Paritätstand sich schon sehr genähert hatte, konnte nur mit Mühe seinen Kursstand behaupten.

Inzwischen ist die Ausfoderung des Kapitalmarktes eigentlich nicht weitergeblieben. Wenn trotzdem die Regierung sich zum 7prozentigen Pfandbriefzins bekennt, so erklärt sie damit ihren ersten Willen, auch auf die Verbilligung des langfristigen Geldes hinzuwirken. Vom Standpunkte der endlichen Schaffung klarer Verhältnisse in der Grundstückswirtschaft ist der schnelle Entschluß der Regierung zu begrüßen. Der Termin des 1. Januar 1932 rückt immer näher. Und die Umschuldungsnotwendigkeit wird immer dringender. Die Erhöhung des Aufwertungszinses soll die Zusammenballung der Fälligkeiten am 1. Januar 1932, die ja das neue Aufwertungsgesetz grundsätzlich unverändert gelassen hat, verhindern. Nach dem neuen Gesetz kann der Gläubiger mit einjähriger Frist kündigen. Er muß also spätestens in den Tagen vom 31. Dezember 1930 bis 3. Januar 1931 die Kündigung aussprechen, wenn er das Kapital zum 1. Januar 1932 fällig machen will. Voraussetzungen sind eine längere Ueberlegungsfrist gewährt. Es ist Gelegenheit gegeben, daß auf Grund klaren Ueberblicks über die Vollwertigkeit der Aufwertungshypotheken Gläubiger und Schuldner sich noch rechtzeitig ins Benehmen setzen können.

Braun für Ostrevision.

Preussischer Ministerpräsident erklärt die Ostgrenzen für unhaltbar.

Bei dem anlässlich der Verteilung des Promotionsrechtes an die Handelshochschule Königsberg gegebenen Festessen ergriff Ministerpräsident Braun das Wort zu einer Rede, in der er zunächst für die Ernennung zum Ehrendoktor dankte. Er führte dann weiter aus, die Überproduktion des akademischen Nachwuchses sei außerordentlich stark. Es sei daher nicht zu verwundern, wenn verschiedentlich die Studentenschaft zu einem gewissen destruktiven Radikalismus komme. Man dürfe aber die akademische Jugend heute nicht scheitern, wenn man ihr auch Klarnaden müsse, daß der akademische Boden nicht